

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir zugleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Kammer- und Reichstags-Verhandlungen, aus den lokalen und provinziellen Begegnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer telegraphischen Depeschen (auch über den Schiffverkehrsverkehr) und anderen Nachrichten, für deren schnellste Uebersetzung wir ein eigenes Bureau in Berlin errichtet haben, ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt in Deutschland auf allen Postanstalten vierteljährlich nur 1,50 Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige.

Die Stettiner Zeitung ist daher die billigste politische Zeitung, welche täglich zweimal und in einem so großen Formate erscheint und den Lesern eine solche von keinem andern hiesigen Blatt auch nur annähernd erreichte Fülle von Nachrichten bringt. Wir weisen auch noch besonders darauf hin, daß unsere Stettiner Zeitung die Nachrichten über die Berliner und hiesige Getreide-, Waaren- und Fondsbörse bereits im Abendblatt des gleichen Tages veröffentlicht und diese Nachrichten daher den hiesigen und auswärtigen Interessenten auf das allerschnellste übermittelt.

Die Redaktion.

E. L. Berlin, 28. März.

Deutscher Reichstag.

71. Plenar-Sitzung vom 28. März, 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung des wieder sehr schwach besetzten Hauses steht, nach Erledigung einer Rechnungsangelegenheit, die dritte Lesung der Vorlage betr. Entschädigung unzulässig Verurtheilter. In der Generaldebatte kritisiert

Abg. Stadthagen (Soz.) den Widerstand der Regierungen gegen das Verlangen nach Entschädigung auch der unschuldig Verhafteten, dabei auch wieder darauf hinweisend, daß ja das Reich von Seite eines Entschädigung für die unschuldig Verhafteten des Deutschen Reichs erzwingen habe.

Abg. v. Bucha (Konf.), vom Vorredner provoziert, wiederholt seine Erklärung aus zweiter Lesung: Seine Freunde erkennen den Anspruch auch der unschuldig Verhafteten durchaus an, aber hier hiesse es praktische Politik treiben. Angesichts des Widerstandes der Regierung schreite die Vorlage, wenn man dem Verlangen Stadthagens entspreche. Und da sei es doch besser, die Vorlage so zu nehmen, wie sie sei.

Abg. v. B. führt gleichfalls aus, die Vorlage bringe auch so schon einen bedeutenden Fortschritt, und da solle man doch nicht das Bessere zum Feind des Guten werden lassen, sondern sich in Bezug auf Entschädigung unschuldig Verhafteter mit der in zweiter Lesung beschlossenen Resolution begnügen.

Nach einer Entgegnung Stadthagens wird das Gesetz definitiv angenommen.

Es folgt die dritte Lesung der Vorlage betreffend anderweitige Festsetzung des Gesamtcontingents der Brennereien.

Die definitive Annahme erfolgt debattelos.

Welter folgt die dritte Lesung des Flotten-Gesetzes.

In der Generaldebatte bemerkt

Abg. Gneueccus (nl.), er wolle die Aufmerksamkeit des Hauses nun hinlenken auf die Bedeutung der Flottenvermehrung für die Wissenschaft. Schon jetzt sei seitens unserer Flotte viel gegeben für Erforschung der Gewässer: Tiefe, Meeresströmungen u. dgl. Wegen ihrer Stetigkeit und Inzertilität sei die Tätigkeit der Marine auf diesem Gebiete von besonderem Werth.

Staatssekretär Tirpitz dankt dem Vorredner, daß er diese wissenschaftliche Seite der Frage zur Sprache gebracht. Er hoffe, daß deutsche Flotte auf diesem Gebiete noch Manches werde nachgeholt werden. Die Marineverwaltung werde jedenfalls fördernd mitwirken.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antisemit) erklärt die Flottenvermehrung für eine Nothwendigkeit, giebt aber zu, daß die Stimmung im Lande, auch in ungewissenhaft nationalgefeimten Kreisen, keineswegs der Vorlage so günstig sei. Nicht einmal die Mehrheit der Wäuer stehe hinter dem Flottengesetz. Aber die Abgeordneten müßten die Führer der Wähler sein. Die Wäuer würden sich mit der Flottenvermehrung auch noch befremden, je mehr die Unzufriedenheit, die jetzt herrsche, abnehme. Und das werde geschehen, sobald die Regierung, die ja für die wirtschaftliche Nothwendigkeit wohlwollende Worte habe, auch Thaten werde sehen lassen. Herr Richter negire ja natürlich Alles, so auch hier bei dieser Vorlage. Es würde ein besserer Architektenschmerz sein, als der bekannte

Rameelscher, wenn über der Rhein-Thüre des Abgeordnetenlaes statt des Widders das Gesicht Richters angebracht würde. (Gelächter links.) Richter und Bebel hätten lieber gleich sagen sollen: wir bewilligen überhaupt nichts. Denn gar keine Flotte sei besser, als eine unzulängliche. Die Führer des Zentrums mit dessen Mehrheit hätten sich in dieser Frage wohlverdiene gemacht um das Vaterland. Er selbst schreie denn auch die völlige Verleugung des Kulturkampfes herbei. Was die Deckungsfrage betreffe, so stimmten seine Freunde der gewählten Form zu. Nöthigenfalls müßten bei neuen Steuern die schwächeren Klassen verschont bleiben. Zu empfehlen sei weitere Erhöhung der Wäuersteuern. Weder verbreitet sich schließlich über die Wirtschaftspolitik, die Handelsvertragspolitik bekämpfend.

Abg. Fürst Radziwill erwidert auf die Aeußerungen Graf Posadowsky bei der zweiten Lesung: der Staatssekretär habe die Polen aufgefodert, die Angelegenheiten des Reichs und der Einzelstaaten von einander zu trennen. Das sei aber nicht möglich, wenn die Polen in einem Einzelstaate solchen Beschränkungen unterworfen würden, wie das in Preußen geschehe. Persönlich habe der Staatssekretär wohlwollend gesprochen, aber hundertmal bereitet sprächen die Thatfachen der preussischen Regierung und Verwaltung. Auch hier seien seitens der preussischen Regierung wiederholt Vorwürfe gegen die Polen in ganz frivoler und unbegründeter Weise gerichtet worden. (Unruhe.)

Präsident v. Buol erklärt diese Aeußerung gegen die preussische Regierung mißbilligen und tadeln zu müssen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Aeußerung, daß das Verhalten der preussischen Regierung frivolo sei, muß ich entschieden zurückweisen. Ein näheres Eingehen auf diese Verhältnisse würde mit dem Gehe stande der Tagesordnung unvereinbar sein. Ich kann aber damit nicht zurückhalten, daß mindestens das Verhalten eines Theils der polnischen Bevölkerung Anlaß zu den Maßnahmen der preussischen Regierung gegeben hat. So lange von den Polen keine Aeuerung vorliegt, daß sie sich untrennbar verbunden fühlen mit der preussischen Monarchie, so lange dürfen Sie solche Angriffe gegen die preussische Regierung nicht richten. Sobald die Regierung die Ueberszeugung gewinnt, daß die Polen ihre Zukunft allein in der Entwicklung und Zukunft Preußens erblicken, wird auch die Politik der preussischen Regierung gegenüber den Polen eine andere werden.

Abg. v. Sodenberg (Welfe) erklärt, seine Freunde könnten der Bindung in dem Flottengesetz keinesfalls zustimmen, sie würden allen Verträgen, die verfassungsmäßigen Rechte zu schmälern, unbedingt entgegengetreten.

Abg. Richter verweist auf die Behauptung Richters bei der zweiten Lesung, die Oppositionsparteien provoziert zu haben. Er habe lediglich auf Aeußerungen Gollers geantwortet. Sollte er darauf etwa schweigen sollen? Das sei nicht seine Gewohnheit. Das Landtag sei sehr schwer, das sei noch heute seine Ueberszeugung genau ebenso wie 1899. Was sich aber seit damals verändert habe, das sei die Frage der Bombardements. Er habe die Ueberszeugung, daß, wenn nicht eine Schlachtflootte da sei, heute in Folge der weittragenden Geschäfte große Debatten unserer Kisten möglich seien. Das habe auch Tirpitz in der Kommission dargelegt. Und wo waren da Richter und Bebel mit einer Antwort? Sie schwiegen! und da wollten Herr Richter und Bebel ihm hier Vorwürfe machen!

Was solle es bedeuten, wenn Herr Richter sich hinsetze und einzelne frühere Artikel von ihm mit der Scheere heraushebe, ohne den Zusammenhang anzugeben! Das könne er selbst auch Herrn Richter gegenüber thun. Wie habe Richter beispielsweise beim Militärsequester behauptet, es sei das nicht möglich ohne viele neue Steuern! Nun, Herr Richter, wo sind denn diese vielen neuen Steuern? (Heiterkeit.) Weiter wendet sich Richter noch gegen Bebel und dessen Mißverständnisse. Thatsache sei, daß er, Richter, Jahre lang einen festen klaren Plan verlangt habe. Dieser liege jetzt vor, und er könne ihn aus voller Ueberszeugung unterstützen.

Abg. Windwald spricht namens der Minorität der Antisemiten gegen die Vorlage. Der Annahme würde uns noch mehr als bisher dem Industriestaat näherbringen. Und das sei nicht zu wünschen, es würde das sogar den Untergang des deutschen Volkes bedeuten.

Abg. Richter: Ich will vom Kleineren zum Größeren aufsteigen und daher mit Herrn v. Liebermann anfangen. (Heiterkeit.) Seine empfindlich angeländigte Rede hat denn doch wohl alle im Hause sehr enttäuscht. Was hat er denn überhaupt für eine Partei hinter sich? Von 12 Mann hat am Donnerstag einer gefehlt, 8 mit ja und 3 mit nein gestimmt. Und wie hat denn Herr Richter-Neustadtin Herrn Liebermanns Partei geschieden? (Heiterkeit.) Herr Richter hat mir vorgelesen, daß ich auf seine Rede von 1899 zurückgekommen sei. Aber er selbst hat uns gegenüber von Parteischablonen gesprochen, und da habe ich ihm geantwortet, wie er selbst damals es als richtig bezeichnet hat und als Vortheil, daß wir alljährlich im Etat über neue Schiffbauten zu bestimmen haben. Herr Richter sagte 1899 noch ausdrücklich, er würde viel leichter zu bewilligen geneigt sein, wenn wir eine wirklich verantwortliche Regierung vor uns hätten. Ja, Herr Richter, haben wir denn etwa jetzt eine verantwortliche Regierung vor uns? (Heiterkeit.) Und nun die Steuern. Herr Richter fragt mich, ob wir denn etwa die vielen von mir damals befürchteten Steuern haben. Ja, und dann nicht Einkommensteuer, Biersteuer-Erhöhung, Umsatzsteuer, Wäuersteuer und abgefordert worden? Wir haben jetzt freilich nur die Wäuersteuer, aber wie viele Mühe hat es uns gemacht, die anderen Steuern zurückzuschlagen. (Rufe: Sehr richtig!) Zwischen uns, Herr Richter, besteht eben der Hauptunterschied: Sie sind mißtrauhaft und marinescham geworden! (Rufe: Sehr wahr!) Und wenn Sie in allen Militär- und Marinefragen nachgeben, so müssen Sie auch in Steuerfragen nachgeben! Glauben Sie doch auch nicht, daß Sie ihre Handelspolitik mit Erfolg verteidigen können, denn überall, wo Sie hindrücken, haben Finanzmänner die Schutzpolitik fördern geboten. Weder wendet sich dann noch gegen die Vorlage, wiederholend,

in keinem Bande der Welt werde dem Parlament eine solche Bindung und Schmälerung des Staatsrechts angelassen. Herr von Bennigsen habe niemals dergleichen verhindern geholfen. Schon 1867 habe derselbe mitbewirkt, daß dem Parlament nicht größere Konzeptionen gemacht wurden, Konzeptionen, von denen Bismarck selber hinterher sagte, er hätte sie bewilligen müssen, wenn der Reichstag fest darauf bestanden hätte.

Abg. von Bennigsen betont, in England hätten die Führer der Opposition niemals solche nationalen Fragen zum Gegenstand der Opposition gemacht und zur Begründung von Angriffen gegen das Ministerium benützt, um dieses zu stürzen. 1867 durfte man es Angesichts der Neugeburt der Dinge am allerwenigsten auf Kraftproben gegenüber der Regierung ankommen lassen. Auch später sei es sich niemals des Versuchens bewußt geworden, Rechte des Volks vergeben zu haben. Aber er wolle darauf nicht weiter eingehen. Auch eine in diesem Falle so impotente Majorität könne einmal gegenüber der Minorität das noblesse oblige gelten lassen. Er lasse daher gern Herrn Richter das letzte Wort. (Heiterkeit und Beifall.)

Abg. Bebel faßt nochmals gegenüber Richter und Richter die Gründe seiner Partei gegen die Vorlage zusammen. Die Art, wie der deutsche Reichstag mit Hilfe der Mehrheit des Zentrums und mit einem Zentrumsanliegen an der Spitze das Budgetrecht aufgegeben, sei noch gar nicht dagewesen. Wollte das Zentrum Regierungspartei werden, so begreife er nicht, weshalb das geschehen müßte unter Preisgabe von Staatsrechten. Das Verhalten, vor Allem des Zentrums, stehe in Widerspruch mit seiner eigenen bisherigen Haltung.

Abg. Graf v. Helldorf betont die Bedenken, welche seine Freunde gegen die Regelung der Deckungsfrage im vorliegenden Gesetz hätten. Richter aber wolle er darauf nicht eingehen aus Rücksicht auf das Zentrum, welches unter Juridiktation seiner eigenen Bedenken sich so national geistig und dies Gesetz zu Stande gebracht habe.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Graf Arnim polemisiert

Abg. v. Liebermann gegen Richter. Dieser sitze doch zu sehr im Glashaufe und sollte sich hüten, auf den Zwiespalt in der antisemitischen Fraktion hinzuweisen. In der ehemals so starken Fortschrittspartei sehe es jetzt so aus, daß, wenn man Richter einmal einen Denkstein lege, die Inskription nur lauten könne: Die deutsche Fortschrittspartei ihrem Engen zu Grunde Richter! (Beifall.) (Beifall.) (Beifall.) (Beifall.)

Abg. Richter: Die beste Kritik dieser Aeußerung ist, daß Herr Richter ihr Beifall klatscht. Beide Herren stehen auf dem gleichen Niveau; man begreift nicht, weshalb sie sich getrennt haben, sie werden sich wohl auch wieder zusammenfinden. Richter wendet sich dann noch gegen Graf Arnim und Bennigsen.

Nach einer vorwiegend persönlichen Bemerkung Richters gegen Bebel bemerkt

Abg. v. Helldorf, seitdem Liebermann von den Konfessionen mehr abgerückt sei, seien er und Liebermann einander wieder näher gerückt. Richter habe wiederholt Seitenhiebe gegen ihn gerichtet, er solle sich lieber den Kampf mit ihm für den Wahlkreis lassen erparnen.

Abg. Richter: Wenn Herr Helldorf Beifall klatscht, dann wird er sich schon gefallen lassen müssen, daß man davon Notiz nimmt.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Persönlich bemerkt Abg. von Liebermann dem Abg. Helldorf, dessen Voraussetzung und Schlußfolgerung ihm gegenüber seien irrig. Nach einer Reihe weiterer persönlicher Bemerkungen zwischen Richter, Helldorf und Liebermann wird ohne weitere Debatte die Vorlage definitiv ohne namentliche Abstimmung angenommen. (Bravorufe.)

Es folgt die Beratung des von allen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten unterzeichneten Antrages von Liebowitz betr. Errichtung eines Denkmals für Kaiser Friedrich auf Kosten des Reichs.

Nach kurzen warmen Worten des Abg. von Liebowitz erklärt

Abg. Singer: Den Grundgedanken seiner Partei widerspreche es, monarchischen Ovationen zuzustimmen. Im Uebrigen müßte er aber doch noch darauf hinweisen, wie oft die Sozialdemokraten während der 99 Tage gezwungen gewesen seien, den Hülfen der konservativen Presse entgegenzutreten. (Beifall.) (Unruhe rechts.)

Präsident von Buol ruft den Redner hierfür zur Ordnung, giebt den Ordnungsruf aber wieder zurück, nachdem er darauf aufmerksam gemacht worden, daß sich jener Ausdruck nur gegen die konservative Presse richtete.

Abg. v. B. empfiehlt als Ständestütze lebhaft den Antrag v. Liebowitz.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Darauf verlag sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 12 Uhr.

Tagesordnung: Dritte Staatsberatung.

Schluß 5 1/2 Uhr.

E. L. Berlin, 28. März.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

57. Plenar-Sitzung vom 28. März, 11 Uhr.

Am Ministerische abwechselnd die verschiedenen Ressortminister.

Das Haus tritt in die dritte Lesung des Etats ein.

Eine Generaldebatte wird nicht beliebt.

Beim Domänen-Etat berichtigt

Abg. Seer (nl.) seine bei der zweiten Lesung aufgestellte Behauptung, die Regierung habe in einem bestimmten Falle die Domäne zum Schaden des bisherigen Pächters anderweit verpachtet.

Regierungskommissar Geh. Rath Thiele stellt fest, daß in dem betr. Falle der frühere Pächter ausdrücklich erklärt habe, er könne bei seinen Vermögensverhältnissen an eine Weiterpachtung nicht denken.

Abg. v. C. (nl.) wiederholt seine Wünsche aus der zweiten Beratung um Verbesserung der Badeeinrichtungen in Bad Ems. Beim Forst-Etat führt der

Abg. Wintermeyer (fr. Sp.) Beschwerde darüber, daß in neuerer Zeit die Brennholz-Versteigerungen nicht mehr, wie früher, im Walde an Ort und Stelle, sondern in Wirtshäusern abgehalten werden, wo die Käufer oft unzulänglich sind.

Regierungskommissar Landforstmeister Donner wendet ein, daß die Witterungsverhältnisse bei den Holzversteigerungen gewöhnlich so ungünstig sind, daß dieselben im Walde nicht abgehalten werden können.

Abg. v. C. (nl.) schließt sich den Ausführungen Wintermeyer's an, es sei allgemein Wunsch, daß die Versteigerungen wieder im Walde an Ort und Stelle abgehalten werden.

Beim Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung erörtert der

Abg. Fuchs (Ztr.) die Bergwerksgefahr der Arbeiter; dem Aufsichtspersonal allein, das durch Beistellung an den Ueberschüssen der Werke bei dem Ertrage derselben interessiert ist, könne man die Verantwortlichkeit für die erforderlichen Schutzmaßnahmen nicht überlassen.

Beim Eisenbahn-Etat hat der Abg. Gothein (fr. Vereinig.) einen Antrag eingebracht, die Gültigkeitsdauer der Rückfahrkarten einheitlich auf 10 Tage festzusetzen. Er giebt jedoch, um die Beratung nicht zu verzögern, den Antrag zurück; bittet aber den Minister, dem Affektionsaus in der Eisenbahn-Verwaltung schärfer zu Leibe zu gehen und auch Techniker zu Erledigung der Degernate stärker heranzuziehen als bis er.

Abg. v. B. (Ztr.) wünscht eine bessere Schnellzugs-Verbindung Berlin-Br. Stan und trägt sodann dem Minister den Wunsch vor, den Mitgliedern des Landtages Gelegenheit zu geben, die neue Minister Brücke zu besichtigen. Während der Redner diesen Wunsch vorbringt, unterbricht sich der Minister mit einem Abgeordneten. Der Redner macht zunächst eine längere Pause und meint sodann, er habe das Recht zu verlangen, daß der Minister ihn anhöre.

Präsident v. B. (Ztr.) bemerkt, das Haus könne wohl die Anwesenheit der Minister verlangen, nicht aber, daß diese dem Redner zuhören. (Sehr richtig! richtig.)

Abg. v. K. (Ztr.) wünscht eine bessere Schnellzugs-Verbindung Berlin-Br. Stan und trägt sodann dem Minister den Wunsch vor, den Mitgliedern des Landtages Gelegenheit zu geben, die neue Minister Brücke zu besichtigen. Während der Redner diesen Wunsch vorbringt, unterbricht sich der Minister mit einem Abgeordneten. Der Redner macht zunächst eine längere Pause und meint sodann, er habe das Recht zu verlangen, daß der Minister ihn anhöre.

Präsident v. B. (Ztr.) bemerkt, das Haus könne wohl die Anwesenheit der Minister verlangen, nicht aber, daß diese dem Redner zuhören. (Sehr richtig! richtig.)

Abg. v. K. (Ztr.) wünscht eine bessere Schnellzugs-Verbindung Berlin-Br. Stan und trägt sodann dem Minister den Wunsch vor, den Mitgliedern des Landtages Gelegenheit zu geben, die neue Minister Brücke zu besichtigen. Während der Redner diesen Wunsch vorbringt, unterbricht sich der Minister mit einem Abgeordneten. Der Redner macht zunächst eine längere Pause und meint sodann, er habe das Recht zu verlangen, daß der Minister ihn anhöre.

Präsident v. B. (Ztr.) bemerkt, das Haus könne wohl die Anwesenheit der Minister verlangen, nicht aber, daß diese dem Redner zuhören. (Sehr richtig! richtig.)

Abg. v. K. (Ztr.) wünscht eine bessere Schnellzugs-Verbindung Berlin-Br. Stan und trägt sodann dem Minister den Wunsch vor, den Mitgliedern des Landtages Gelegenheit zu geben, die neue Minister Brücke zu besichtigen. Während der Redner diesen Wunsch vorbringt, unterbricht sich der Minister mit einem Abgeordneten. Der Redner macht zunächst eine längere Pause und meint sodann, er habe das Recht zu verlangen, daß der Minister ihn anhöre.

Präsident v. B. (Ztr.) bemerkt, das Haus könne wohl die Anwesenheit der Minister verlangen, nicht aber, daß diese dem Redner zuhören. (Sehr richtig! richtig.)

Abg. v. K. (Ztr.) wünscht eine bessere Schnellzugs-Verbindung Berlin-Br. Stan und trägt sodann dem Minister den Wunsch vor, den Mitgliedern des Landtages Gelegenheit zu geben, die neue Minister Brücke zu besichtigen. Während der Redner diesen Wunsch vorbringt, unterbricht sich der Minister mit einem Abgeordneten. Der Redner macht zunächst eine längere Pause und meint sodann, er habe das Recht zu verlangen, daß der Minister ihn anhöre.

Präsident v. B. (Ztr.) bemerkt, das Haus könne wohl die Anwesenheit der Minister verlangen, nicht aber, daß diese dem Redner zuhören. (Sehr richtig! richtig.)

Abg. v. K. (Ztr.) wünscht eine bessere Schnellzugs-Verbindung Berlin-Br. Stan und trägt sodann dem Minister den Wunsch vor, den Mitgliedern des Landtages Gelegenheit zu geben, die neue Minister Brücke zu besichtigen. Während der Redner diesen Wunsch vorbringt, unterbricht sich der Minister mit einem Abgeordneten. Der Redner macht zunächst eine längere Pause und meint sodann, er habe das Recht zu verlangen, daß der Minister ihn anhöre.

Präsident v. B. (Ztr.) bemerkt, das Haus könne wohl die Anwesenheit der Minister verlangen, nicht aber, daß diese dem Redner zuhören. (Sehr richtig! richtig.)

Abg. v. K. (Ztr.) wünscht eine bessere Schnellzugs-Verbindung Berlin-Br. Stan und trägt sodann dem Minister den Wunsch vor, den Mitgliedern des Landtages Gelegenheit zu geben, die neue Minister Brücke zu besichtigen. Während der Redner diesen Wunsch vorbringt, unterbricht sich der Minister mit einem Abgeordneten. Der Redner macht zunächst eine längere Pause und meint sodann, er habe das Recht zu verlangen, daß der Minister ihn anhöre.

Präsident v. B. (Ztr.) bemerkt, das Haus könne wohl die Anwesenheit der Minister verlangen, nicht aber, daß diese dem Redner zuhören. (Sehr richtig! richtig.)

Abg. v. K. (Ztr.) wünscht eine bessere Schnellzugs-Verbindung Berlin-Br. Stan und trägt sodann dem Minister den Wunsch vor, den Mitgliedern des Landtages Gelegenheit zu geben, die neue Minister Brücke zu besichtigen. Während der Redner diesen Wunsch vorbringt, unterbricht sich der Minister mit einem Abgeordneten. Der Redner macht zunächst eine längere Pause und meint sodann, er habe das Recht zu verlangen, daß der Minister ihn anhöre.

Präsident v. B. (Ztr.) bemerkt, das Haus könne wohl die Anwesenheit der Minister verlangen, nicht aber, daß diese dem Redner zuhören. (Sehr richtig! richtig.)

Abg. v. K. (Ztr.) wünscht eine bessere Schnellzugs-Verbindung Berlin-Br. Stan und trägt sodann dem Minister den Wunsch vor, den Mitgliedern des Landtages Gelegenheit zu geben, die neue Minister Brücke zu besichtigen. Während der Redner diesen Wunsch vorbringt, unterbricht sich der Minister mit einem Abgeordneten. Der Redner macht zunächst eine längere Pause und meint sodann, er habe das Recht zu verlangen, daß der Minister ihn anhöre.

Präsident v. B. (Ztr.) bemerkt, das Haus könne wohl die Anwesenheit der Minister verlangen, nicht aber, daß diese dem Redner zuhören. (Sehr richtig! richtig.)

Abg. v. K. (Ztr.) wünscht eine bessere Schnellzugs-Verbindung Berlin-Br. Stan und trägt sodann dem Minister den Wunsch vor, den Mitgliedern des Landtages Gelegenheit zu geben, die neue Minister Brücke zu besichtigen. Während der Redner diesen Wunsch vorbringt, unterbricht sich der Minister mit einem Abgeordneten. Der Redner macht zunächst eine längere Pause und meint sodann, er habe das Recht zu verlangen, daß der Minister ihn anhöre.

Präsident v. B. (Ztr.) bemerkt, das Haus könne wohl die Anwesenheit der Minister verlangen, nicht aber, daß diese dem Redner zuhören. (Sehr richtig! richtig.)

Abg. v. K. (Ztr.) wünscht eine bessere Schnellzugs-Verbindung Berlin-Br. Stan und trägt sodann dem Minister den Wunsch vor, den Mitgliedern des Landtages Gelegenheit zu geben, die neue Minister Brücke zu besichtigen. Während der Redner diesen Wunsch vorbringt, unterbricht sich der Minister mit einem Abgeordneten. Der Redner macht zunächst eine längere Pause und meint sodann, er habe das Recht zu verlangen, daß der Minister ihn anhöre.

Präsident v. B. (Ztr.) bemerkt, das Haus könne wohl die Anwesenheit der Minister verlangen, nicht aber, daß diese dem Redner zuhören. (Sehr richtig! richtig.)

Abg. v. K. (Ztr.) wünscht eine bessere Schnellzugs-Verbindung Berlin-Br. Stan und trägt sodann dem Minister den Wunsch vor, den Mitgliedern des Landtages Gelegenheit zu geben, die neue Minister Brücke zu besichtigen. Während der Redner diesen Wunsch vorbringt, unterbricht sich der Minister mit einem Abgeordneten. Der Redner macht zunächst eine längere Pause und meint sodann, er habe das Recht zu verlangen, daß der Minister ihn anhöre.

Präsident v. B. (Ztr.) bemerkt, das Haus könne wohl die Anwesenheit der Minister verlangen, nicht aber, daß diese dem Redner zuhören. (Sehr richtig! richtig.)

Abg. v. K. (Ztr.) wünscht eine bessere Schnellzugs-Verbindung Berlin-Br. Stan und trägt sodann dem Minister den Wunsch vor, den Mitgliedern des Landtages Gelegenheit zu geben, die neue Minister Brücke zu besichtigen. Während der Redner diesen Wunsch vorbringt, unterbricht sich der Minister mit einem Abgeordneten. Der Redner macht zunächst eine längere Pause und meint sodann, er habe das Recht zu verlangen, daß der Minister ihn anhöre.

Präsident v. B. (Ztr.) bemerkt, das Haus könne wohl die Anwesenheit der Minister verlangen, nicht aber, daß diese dem Redner zuhören. (Sehr richtig! richtig.)

Abg. v. K. (Ztr.) wünscht eine bessere Schnellzugs-Verbindung Berlin-Br. Stan und trägt sodann dem Minister den Wunsch vor, den Mitgliedern des Landtages Gelegenheit zu geben, die neue Minister Brücke zu besichtigen. Während der Redner diesen Wunsch vorbringt, unterbricht sich der Minister mit einem Abgeordneten. Der Redner macht zunächst eine längere Pause und meint sodann, er habe das Recht zu verlangen, daß der Minister ihn anhöre.

Präsident v. B. (Ztr.) bemerkt, das Haus könne wohl die Anwesenheit der Minister verlangen, nicht aber, daß diese dem Redner zuhören. (Sehr richtig! richtig.)

Abg. v. K. (Ztr.) wünscht eine bessere Schnellzugs-Verbindung Berlin-Br. Stan und trägt sodann dem Minister den Wunsch vor, den Mitgliedern des Landtages Gelegenheit zu geben, die neue Minister Brücke zu besichtigen. Während der Redner diesen Wunsch vorbringt, unterbricht sich der Minister mit einem Abgeordneten. Der Redner macht zunächst eine längere Pause und meint sodann, er habe das Recht zu verlangen, daß der Minister ihn anhöre.

Präsident v. B. (Ztr.) bemerkt, das Haus könne wohl die Anwesenheit der Minister verlangen, nicht aber, daß diese dem Redner zuhören. (Sehr richtig! richtig.)

Abg. v. K. (Ztr.) wünscht eine bessere Schnellzugs-Verbindung Berlin-Br. Stan und trägt sodann dem Minister den Wunsch vor, den Mitgliedern des Landtages Gelegenheit zu geben, die neue Minister Brücke zu besichtigen. Während der Redner diesen Wunsch vorbringt, unterbricht sich der Minister mit einem Abgeordneten. Der Redner macht zunächst eine längere Pause und meint sodann, er habe das Recht zu verlangen, daß der Minister ihn anhöre.

Präsident v. B. (Ztr.) bemerkt, das Haus könne wohl die Anwesenheit der Minister verlangen, nicht aber, daß diese dem Redner zuhören. (Sehr richtig! richtig.)

Abg. v. K. (Ztr.) wünscht eine bessere Schnellzugs-Verbindung Berlin-Br. Stan und trägt sodann dem Minister den Wunsch vor, den Mitgliedern des Landtages Gelegenheit zu geben, die neue Minister Brücke zu besichtigen. Während der Redner diesen Wunsch vorbringt, unterbricht sich der Minister mit einem Abgeordneten. Der Redner macht zunächst eine längere Pause und meint sodann, er habe das Recht zu verlangen, daß der Minister ihn anhöre.

den hohen Tarif für die obere Oder die Schlesier zu Segnern des Mittelstandes.

Vom Ministerische wird erwidert, daß die Regierung bei Festsetzung des Tarifs an einen Beschluß des Hauses gebunden war, wonach die Tarife so bemessen werden sollen, daß das Anlagekapital sich verzinst. Für die Schiffahrt bleiben auch bei den gegenwärtigen Tarifen noch erhebliche Vortheile.

Minister Thiele hat Gotheins Standpunkt für falsch. Thatsächlich habe sich der Verkehr auf der oberen Oder unter dem jetzigen Tarif gehoben.

Abg. Graf Limburg (Konf.) findet in Gotheins Angaben nur eine Bestätigung seiner Ansicht, daß Kanäle nur dann dem Verkehr nützen, wenn auf Verzinsung des Anlagekapitals verzichtet wird.

Abg. Dr. Gneueccus glaubt, daß der Mittelstandsalten sich zu einer durchaus rentablen Wasserstraße entwickeln würde. Er bittet, die Anlage von Schiffschiffen an der Oder zu beschleunigen und dabei nicht zu rigorose Forderungen an die Gemeinden zu stellen. Die Kosten seien für die Regierung auch gar nicht so beträchtlich.

Ein Regierungskommissar legt dar, nach welchen Grundätzen die Verträge von den Gemeinden erforderlich werden. Verkehrsflächen sind Gemeinde-Einrichtungen, Umschlagshäfen läßt die Regierung herstellen.

Auf eine Anfrage des Abg. Jürgensen (nl.) wird vom Regierungskommissar erwidert, daß Erwägungen über einen Umbau der Dümmer Schleuse stattgefunden haben. Die Reparaturbedürftigkeit der Schleuse wird anerkannt.

Minister v. Miquel: So lange ein Kanal genützt wird, sind alle Interessen berechtigt, Gebühren zu zahlen; ist der Kanal fertig, dann sind die Gebühren zu hoch. (Sehr richtig!)

Der Vergleich zwischen der oberen Oder und dem Dortmund-Ems-Kanal trifft nicht zu. Für diesen Kanal müßten erst neue Schiffe gebaut werden und außerdem müßte der Kanal mit dem Rhein fortgeführt, auf dem Gebühren überhaupt nicht erhoben werden können.

Der Bau-Etat wird genehmigt.

Darauf verlag sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 12 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 5 Uhr.

Deutschland.

O Berlin, 28. März. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat durch eine Verfügung vom 21. März die Eisenbahndirektionen veranlaßt, bereits jetzt die erforderlichen Anordnungen zu treffen, damit während des Herbstverkehrs die Betriebsmittel in größtmöglichem Umfange und in bestem Zustande zur Verfügung stehen. Insbesondere soll durch vorzeitige Bormahme der Revisionen vorgegesehen werden, daß die Betriebsmittel während der verkehrsreichen Zeit dem Betriebe wegen Bormahme der Revisionen oder großer Reparaturen nur in geringem Maße entzogen zu werden brauchen. Auch soll das Augenmerk unangefordert darauf gerichtet werden, daß die Unterhaltungsarbeiten der Betriebsmittel in den Verhältnissen in der zweckmäßigsten Weise und in kürzester Frist zur Ausführung gelangen. Die für Erweiterung und verbesserte Ausrichtung der Werkstätten zur Verfügung stehenden Mittel sollen dafür schnellst verwendet werden.

Damit dem öffentlichen Verkehr für Dienstleistungen möglichst wenig offene Güterwagen entzogen werden, hat der Minister ferner bestimmt, daß auch in diesem Jahre alle zur Ausmusterung gelangenden Wagen zu Arbeitswagen umgebaut werden, wofür sie hierzu überhaupt geeignet sind.

Endlich ist die Berliner Eisenbahndirektion veranlaßt worden, mit allem Nachdruck darauf zu halten, daß die in Bestellung gegebenen Betriebsmittel rechtzeitig fertig gestellt werden.

Für die Bestimmung des Zeitpunktes, zu welchem die nächsten allgemeinen Reichstagswahlen vorzunehmen sein werden, kommt in Betracht, daß es zwar rechtlich durchaus zulässig sein würde, diese Wahlen bis zum Herbst hinaus zu schieben, daß aber Zweckmäßigkeitsgründe für die Wahl eines früheren Termins sprechen. Unter diesen Gründen fällt besonders stark die Erwägung ins Gewicht, daß es stets

